

Wahlprogramm

Bezirksversammlungswahl 2019



Altona für alle
sozial und solidarisch

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Altona für alle – sozial und solidarisch

Altona zeichnet sich wie kaum ein anderer Bezirk durch Vielfalt und Lebendigkeit aus. Bis 1937 selbständige Großstadt, hat sich Altona zu allen Zeiten als offene Stadt verstanden, wie es das Wappen mit den geöffneten Toren symbolisiert.

Zu den Stärken Altonas gehört auch eine in den 1920er Jahren der Weimarer Republik betriebene vorausschauende und soziale Stadtentwicklungspolitik. Der Bau von Wohnungen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen wie Museen und Parks wurde damals ebenso als öffentliche Aufgabe verstanden wie die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Dienstleistungen durch kommunale Unternehmen (Gas, Strom, Wasser, Verkehr, Gesundheit, Pflege usw.).

An diese Geschichte und Traditionen müssen wir heute wieder anknüpfen, denn Altona wird in Teilen immer mehr zu einem Event- und Wohnbezirk für Besserverdienende, in dem insbesondere für Rentner*innen, Alleinerziehende, Arbeitslose, Menschen mit Behinderung und Migrant*innen kein Platz mehr ist. Auch die Privatisierung öffentlicher Räume und Flächen trifft besonders die sozial Benachteiligten, denen die kostenlosen Naherholungsgebiete schleichend genommen werden.



©Foto: Marlit Klaus

Friedrich-Ebert-Hof in Bahrenfeld - Kommunalen Wohnungsbau in der Weimarer Republik

Wir fordern einen radikalen Politikwechsel und treten ein:

- für ein friedliches soziales, solidarisches, ökologisches und Altona, das Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität, Kultur und Freizeit für alle ermöglicht.
- für ein demokratisches Altona, in dem seine Bürger*innen auch außerhalb von Wahlen verbindliche Entscheidungen treffen können.
- für ein interkulturelles Altona, das Migrant*innen und Geflüchtete ein neues Zuhause bietet.
- für ein gleichberechtigtes Altona, das der Benachteiligung von Frauen entgegenwirkt und die überholten Geschlechterrollen aufhebt.
- für ein inklusives Altona, das Menschen mit und ohne Behinderung ein gemeinsames Zusammenleben ohne Barrieren ermöglicht.
- für ein Altona, das im Gegensatz zum neoliberalen Konzept der 'wachsenden Stadt' die benachteiligten Stadtteile besonders fördert. Wir wollen überall in Altona lebenswerte Quartiere. Dazu gehört ein kommunaler sozialer Wohnungsbau, der niedrige Mieten ermöglicht und Wohnen als Grundrecht realisiert.

Wir wissen, dass viele unserer Forderungen und Vorstellungen nicht auf der Bezirksebene entschieden werden und außerparlamentarischer Druck unerlässlich ist. Eine starke Linksfraktion in der Bezirksversammlung ist aber wichtig, um dort bürgerfreundliche Ideen einzubringen und die anderen Parteien zu einer Auseinandersetzung zu zwingen.



Fortsetzung: Wir fordern einen radikalen Politikwechsel und treten ein:

Wir wollen kommunale Selbstbestimmungsrechte für die Bezirke, denn Vieles, was bisher auf Landesebene entschieden wird, ist besser im Bezirk und damit bei den unmittelbar betroffenen Bürger*innen aufgehoben. Voraussetzung hierzu ist ein eigenes Haushaltsrecht der Bezirke.

Nach Jahrzehnten einer neoliberalen Politik mit Steuersenkungen für Konzerne, Sozialabbau, Schuldenbremse, Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, Privatisierung (z.B. Krankenhäuser, Energieversorgung etc.), Überführung von noch städtischen Betrieben in gewinnorientierte Wirtschaftsunternehmen ist Altona besonders in den letzten Jahren zur Beute von Spekulanten, sogenannten Investoren geworden. An deren Interessen wird Stadtplanung heutzutage vorrangig ausgerichtet.

Gleichzeitig gibt es einen immer größer werdenden Anteil von Armut in der Bevölkerung. Die Agenda 2010 hat`s gerichtet. Niedrige Löhne, prekäre Beschäftigung, das „Hartz IV“-System. Insbesondere das Kerngebiet Altona mit Mieten bis zu 17,- Euro pro qm können sich viele alteingesessene Altonaer*innen nicht mehr leisten. Diese Politik ist ein Nährboden für rechtes Gedankengut.

Um diesen Trend zu stoppen und umzukehren, sind grundsätzliche Veränderungen nötig. Wir wollen den öffentlichen Reichtum der Vielen, statt privaten Reichtum für die Wenigen.

Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik des Sozialabbaus und einer Stadtplanung, die sich vorrangig an den Gewinninteressen der Investoren ausrichtet.

Ein anderes Hamburg und ein anderes Altona sind nötig und möglich.

Altona für alle - sozial und solidarisch!

Stadtentwicklung verwirklichen

- Mietpreisobergrenzen bei Altbauten in Höhe der Instandhaltungskosten (max. 8,- Euro)
- bei Neubauten mindestens 50% Sozialwohnungen
- zeitlich unbeschränkte Verlängerung bzw. Wiedereinrichtung der Mietpreisbindung
- keine weitere Verdichtung durch Innenhofbebauung/Aufstockung im Kerngebiet
- Büroleerstand beschlagnahmen und in eine Wohnnutzung überführen
- alternative Lebens- und Wohnformen wie z.B. Baugemeinschaften fördern



Öffentliche Räume erhalten und erweitern

- kein Verkauf von öffentlichen Gebäuden und Grundstücken wie z.B. Schulgeländen, Stadteilkultur- oder Jugendzentren Rekommunalisierung von Krankenhäusern, Senioren- und Pflegeeinrichtungen
- bessere Personalausstattung bei Behörden für eine bürgerfreundliche und zügige Bearbeitung
- Bundeswehrliegenschaften, wie Kasernen, für soziale und kulturelle Einrichtungen und Wohnprojekte freigeben
- Vergabe von Grundstücken aus dem Besitz der FHH nur in Erbpacht und nur an die SAGA oder Genossenschaften
- Grünanlagen und Kleingartenflächen erhalten, dezentrale Sportflächen wieder ausbauen



©Foto: Reinhard Schwandt

- Verbesserung der Pflege von Parks
- weiterhin kostenlose Nutzung aller Parkanlagen statt einer schleichenden Kommerzialisierung wie zum Beispiel im Klövensteen, Volkspark und Botanischen Garten
- mehr öffentliche kostenlose Toiletten
- nachhaltiger Tourismus; kein weiterer Bau von Hotels und Boardinghäusern

Öffentlichen Nahverkehr und Radwege ausbauen

- Erhalt und Modernisierung des Altonaer Fern- und Regionalbahnhofs an seinem jetzigen zentralen Standort
- schienengebundene Nahverkehrsanbindung nach Osdorf und Lurup



Fortsetzung: Öffentlichen Nahverkehr und Radwege ausbauen

- Ausweitung des HVV - Tarifgebietes nach Glückstadt, Itzehoe und Neumünster
- Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs
- umweltfreundliche Busse
- Instandsetzung und Erweiterung des Radwegenetzes und sichere Wege für Fußgänger*innen
- Umsetzung von autofreiem Wohnen
- eine Elbtunnelröhre zugunsten schienengebundener Containerbeförderung statt Schwerlast- und Gefahrgutverkehr per Lkw
- Senkung der Fahrpreise nach dem Vorbild Wiens: Ein Euro pro Tag bzw. 365 Euro im Jahr
- Schrittweise Einführung des Nulltarifes des Öffentlichen Personennahverkehrs

Für ein friedliches Altona

- Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg!
- Hamburg zum sicheren Hafen machen - Stopp des Sterbens auf dem Mittelmeer
- keine Waffen- und Atommülltransporte mehr über den Hamburger Hafen
- Bildung ohne Bundeswehr: Friedenserziehung statt Militär an den Schulen
- Altonaer Blutsonntag zum offiziellen Gedenktag machen
- Auflösung der Bundeswehreinrichtungen

Für ein ökologisches Altona

- Erhalt und Ausbau von Grünflächen und Naherholungsgebieten
- gleichwertige Nachpflanzung aller bau-, verkehrsbedingt oder aus anderen Gründen gefällten Bäume
- Flächendeckende Einrichtung von kleinen Messstationen zur Kontrolle der schädlichen Abgase für die Atemluft
- Tempo 30 auf allen Wohngebietsstraßen
- Sperrung für den LKW-Durchgangsverkehr
- Förderung und Einspeisung dezentraler, alternativer Energien
- keine Moorburgrasse durch Altona und anderswo
- Umsetzung des Volksentscheids „Unser Hamburg - unser Netz“
- Rückkauf des Fernwärmenetzes durch die Stadt
- Ökologischer Hafen insbesondere durch Landstrom- und Filterpflicht für Container- und Kreuzfahrtschiffe
- keine Elbvertiefung und Erarbeitung eines alternativen Zukunftsplans für den Hamburger Hafen
- Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Einwegverpackungen und -geschirr aus Plastik u.Ä.



Kohlekraftwerk Moorburg

Ein würdevolles Leben für Alle

- Durchsetzung eines Mindestlohns von 15 Euro (aktuelle Forderung 13 Euro)
- sozialversicherungspflichtige Qualifizierungs- und Arbeitsverhältnisse schaffen
- Sozialtickets für kulturelle Einrichtungen, Veranstaltungen und ähnliches
- Barrierefreiheit und Teilhabe für Menschen mit Behinderung überall herstellen
- Sichern eines längstmöglichen Wohnens im eigenen Wohnraum für Menschen mit Behinderung
- Hinreichende personelle Ausstattung für Inklusion insbesondere in Kitas, Schulen und Senioreneinrichtungen muss hergestellt werden
- Attraktivität sozialer Berufe erhöhen und Qualifikation sicherstellen
- Obdachlosigkeit vermeiden/ keine Zwangsräumungen
- Ausbau und ganzjährige Ausweitung des bisherigen Winternothilfeprogramms mit Schlafplätzen in den Stadtteilen
- Schaffen von bezirklichen Wohnräumen für obdachlose Alleinerziehende sowie Familien
- deutliche Aufstockung der Stellen für Straßensozialarbeit
- Ende des Racial Profiling im Schanzenviertel und überall
- Gesetzliche Regelungen für die Abgabe von Cannabisprodukten an Volljährige
- Einrichtung eines Cannabis-Informationszentrums im Bezirk
- Entkriminalisierung von Cannabiskonsum und das Ende der damit gerechtfertigten Repressionen.

Jugend-, Familien- und Seniorenarbeit fördern

- Erhalt und Ausbau der Seniorentreffs und der Jugendzentren unter besonderer Berücksichtigung von Selbstverwaltungsangeboten
- keine Kürzungen im Jugendhilfebereich, Erhalt und Ausbau der offenen
- Kinder- und Jugendarbeit (Selbstbestimmungsrecht der Einrichtungen)
- keine Stellenstreichungen, sondern Aufstockung bei den Allgemeinen Sozialen Diensten
- Schaffen von geschützten Räumen im Bezirk für obdachlose Jugendliche und Jungerwachsene
- keine geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen
- flächendeckender Ausbau von Erziehungsberatungsstellen
- Erhalt und Ausbau von Mütterberatungsstellen und Elternschulen
- Schaffung eines Anspruchs auf präventive, regelmäßige Hausbesuche durch kommunale Pflegedienste für Menschen ab 75 Jahren

Hartz IV abschaffen – für eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro

- Eine sanktionsfreie Mindestsicherung von mindestens 1.050 Euro zuzüglich Wohngeld in Städten mit überdurchschnittlichen Mieten
- Eine elternunabhängige Kindergrundsicherung, die vor Ausgrenzung schützt und gute Teilhabe sowie Entfaltungsmöglichkeiten bietet
- Die Einführung einer Mindestrente in Höhe von mindestens 1.050 Euro
- Zwangsumzüge stoppen
- Abschaffung der „Ein-Euro-Jobs“
- Keine Anrechnung des Kindergeldes bei Hartz IV – Bezug



Bauspielplatz Hexenberg



Bücherbus vor dem Lurup Center am Eckhoffplatz

Stadtteilkultur erhalten

- Erhalt der bestehenden Stadtteilkulturzentren und Bürgertreffs, finanziell auskömmliche Ausstattung auch des **Stadtteilhauses Lurup** und des **Bürgerhauses Bornheide**
- keine Kürzungen der Zuschüsse z.B. für Fabrik, Werkstatt 3, Geschichtswerkstatt, Motte, Haus 3, Stadtteilhaus Lurup, Altonaer Museum, Kindermuseum „Klck“ u.a.
- Organisatorische und finanzielle Stärkung der bezirklich Kulturförderung
- Ausweitung des Angebotes der öffentlichen Bücherhallen
- freier Eintritt in den Museen
- Einsetzung einer Historiker*innenkommission zur Überprüfung aller Straßennamen bzgl. kolonialistischer, rassistischer und faschistischer (Nazi-Diktatur) Bezüge

Gesundheit, Pflege

- Deutlich mehr Personal zur bezirklichen Kontrolle für Betreiber von
- Einrichtungen im Pflege- und Senior*innenbereich sowie der Krankenhaushygiene; die Kontrollen müssen unangemeldet stattfinden
- patient*innengerechte personelle Ausstattung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (gegen den Pflegenotstand)
- Sicherung der Krankenhaushygiene
- Erleichterung des Zugangs zu Cannabis als Medizin auf der jetzigen gesetzlichen Grundlage durch Aufklärung von Ärzt*innen und Apotheker*innen
- ausreichend ärztliche Versorgung in allen Stadtteilen

Frauen und Transgender

- Einstellung einer Gleichstellungsbeauftragten für Altona
- kostenlose Angebote von Selbstverteidigungskursen für Frauen und Mädchen
- Ausweitung der Frauenhausplätze
- Beratungsstelle für Transgender schaffen
- Mehr (Beratungs-)Angebote für Frauen und Mädchen



Geflüchtete

- Keine Abschiebungen, Bleiberecht für alle Geflüchteten, Ausbildung und Arbeit ermöglichen und fördern
- vollständige Umsetzung des Bürgervertrages, den Senat und Bezirksamtsleitung mit der Volksinitiative für erfolgreiche Integration (IFI bzw. der VIN Rissen) geschlossen haben
- Unterbringung von geflüchteten Kindern von Beginn an in Regelschulen
- mehr psychosoziale Angebote und geschützte Räume insbesondere für Frauen und Kinder
- Deutschkurse für alle Geflüchteten sofort als öffentliche Aufgabe

Schulen und Bildung verbessern

- Neubau bzw. Erweiterung von Schulen bei Wohnungsbau und Zuzug insbesondere junger Familien
- Sanierung von Schulgebäuden unter Nachhaltigkeitsaspekten
- keine Schließung von Stadtteilschulen
- personeller und qualitativer Ausbau von Stadtteilschulen
- kein Verkauf von Schulflächen bzw. Erhalt von Schulangeboten durch staatliche Übernahme (z.B. die Katholischen Schulen)
- Bundeswehr raus aus den Schulen!



Lokale Ökonomie fördern

- Übernahme ehemaliger Industrieflächen durch die Stadt für Handwerkerhöfe zu Mieten bis max. 7,- Euro
- Förderung für inhabergeführtes Kleingewerbe
- Milieuschutz für kleine alteingesessene Läden und Betriebe

Den Bürgerwillen ernst nehmen - ein demokratisches Altona für alle

- Wahlrecht für alle, die hier leben
- Bürgerbegehren und -entscheide verbindlich machen
- Abschaffung der Geheimhaltung bei Baugenehmigungen für Vorhaben, die die Allgemeinheit betreffen bzw. ortsprägend sind z.B. Spritzenplatz
- Aufhebung des Evokationsrechts des Senats bezüglich bezirklicher Entscheidungen bzw. Reduzierung auf tatsächlich gesamtstädtische Belange

Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?

In Hamburg leben 42.000 Millionär*innen, deren Steueraufkommen durch Steuergeschenke ständig sinkt. Hamburg ist reich, aber das Geld versickert in Milliardenhöhe bei

Spekulationsverlusten der HSH-Nordbank, bei Renommierprojekten wie der Elbphilharmonie oder umweltfeindlichen Wahnsinnsprojekten wie der geplanten abermaligen Elbvertiefung. Darin haben sich die Senate der vergangenen 20 Jahre nicht unterschieden, ob sie nun rotgrün, schwarz-grün oder SPD- bzw. CDU- Alleinregierungen waren. Wir fordern eine Bundesratsinitiative ein, die Vermögens-, Erbschafts- und Finanztransaktionssteuer einzuführen und den Spitzensteuersatz zu erhöhen.

Stärken Sie eine Opposition, die etwas bewirkt! Wir wollen eine Veränderung von Grund auf, ausgehend von den Bezirken. Die anderen Parteien wollen, dass Sie Ihre Stimme abgeben. Wir wollen, dass Sie DIE LINKE wählen, aber vor allem: dass wir gemeinsam aktiv werden!



KAPITALISMUS IST
EINE EINBAHNSTRASSE

©Foto: Marlit Klaus

DIE LINKE. BEZIRKSVERBAND ALTONA

So erreiche Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 - 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 - 22765 Hamburg

Impressum:

V.i.S.d.P Metin Kaya, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand von DIE LINKE Bezirksverband Altona
Layout: Nico Scharfe



Demo gegen Rassismus

©Foto: Marlit Klaus